

Andreas C. Hofmann

Zwischen Ökonomisierung und Profilbildung

Deutsche Hochschulen im Umbruch

Der 1999 angestoßene so genannte Bologna-Prozess, die sukzessive eingeführten Studiengebühren sowie die Exzellenzinitiative zeigen, wie sehr sich der Hochschulbetrieb im Umbruch befindet. Die Ökonomisierung hat Einzug gehalten, selten zum Vorteil der Studierenden. So sehen es jedenfalls die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der studentischen Streiks des Wintersemesters 09/10.

Andreas C. Hofmann

(* 1980) promoviert als Stipendiat der FES über Deutsche Universitätspolitik im Vormärz. Er war Vertreter der Studierenden in der Erweiterten Hochschulleitung der LMU München und ist dort seit November 2008 Ältestenrat der Studierendenvertretung.

a.hofmann@stuve.uni-muenchen.de

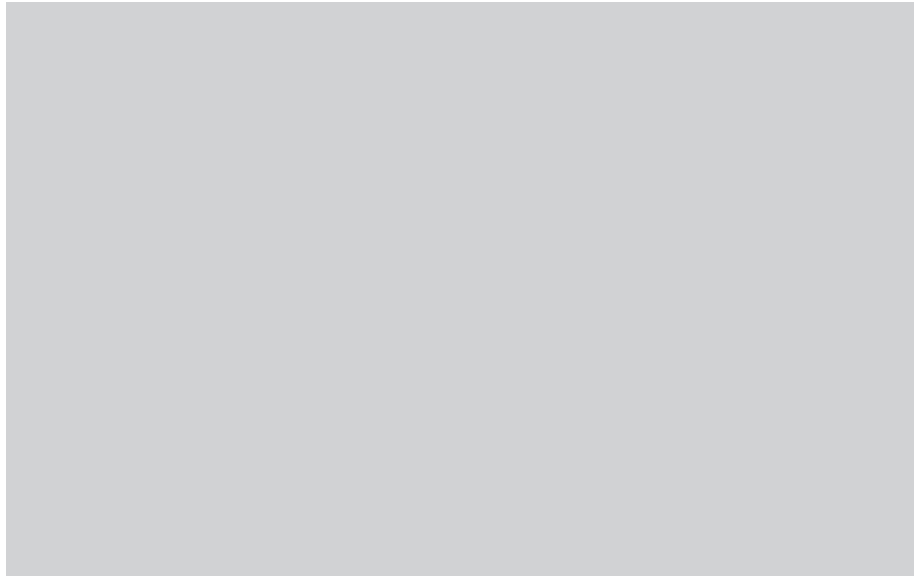


Unsereunibrennt.de – der Name der Homepage der Schüler und Studierenden, welche seit Anfang November nun auch in München Hörsäle besetzt halten, mag martialisch klingen; er könnte die Zustände an den deutschen Universitäten allerdings auch nicht zutreffender bezeichnen: Denn es brennt an allen Ecken und Enden! Über die Verwendung der Studienbeiträge gibt es viel zu streiten, der Bachelor-/Master-Studienreform soll aufgrund offenkundiger Mängel bald die Reform der Reform folgen, viele Universitäten hechten den Geldern der Exzellenzinitiative nur allzu unterwürfig hinterher und die Frage nach demokratischen Strukturen an den Universitäten würde an zumindest dieser Stelle den Rahmen endgültig sprengen.

Man darf sich die Hörsaalbesetzungen, welche in Österreich ihren Ausgang nahmen, nicht als koordinierte Aktionen vorstellen. Es ist vielmehr ein Funke, welcher wie eine Bewegung von einem Hochschulstandort zum anderen übersprang. Daher

sind die Forderungen auch nicht homogen, selbst wenn einige Aspekte durchgängig hervortreten: die Unzufriedenheit mit den neuen modularisierten Studiengängen, die Forderungen nach Abschaffung der Studiengebühren sowie nach mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Studierenden sowie ein Ablehnen der blinden Aktionisten, welche ausgelöst durch die Exzellenzinitiative die Bedeutung der Lehre immer mehr in den Hintergrund zu drängen versuchen. Doch worum geht es genau?

Sicherlich, bei der Förderung der Spitzenforschung ist jeder Euro zusätzlich hochwillkommen. Daher erscheinen die annähernd 2 Mrd., welche die »Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen« für den Zeitraum von 2006 bis 2011 zur Verfügung stellt, wie ein Segen. Weniger segensreich ist allerdings der Wettbewerb um die Gelder der Initiative. In ihrem gemeinsamen Bericht vom 3. Dezember 2008 schreiben Deutsche Forschungsgemeinschaft und Wissenschaftsrat: »Die Exzellenzinitiative hat an den deutschen Universitäten eine große struktur- und profilbildende Wirkung.« Profilbildung bedeutet allerdings nichts anderes, als die Erwartung an die sich bewerbenden Universitäten, markante Forschungsschwerpunkte zu bilden. Da das vorhandene Geld allerdings nicht unbe-



grenzt ist, geht Schwerpunktbildung auf der einen Seite stets mit Einsparungen auf der anderen Seite einher. Diese schmerzhafteste Erfahrung mussten auch die Fakultäten der LMU München machen. Hier wurden 10 % aller Stellen von der Hochschulleitung eingezogen, um sie zur Bildung solcher Schwerpunkte zu verwenden. Ob die Universitäten bei all den Profilbildungsprozessen auch weiterhin ihrer ursprünglichen Bedeutung als Volluniversität gerecht werden können, bleibt abzuwarten.

Ebenfalls fragwürdig erscheint es, dass die Exzellenzinitiative Erwartungen an die organisatorische Aufstellung und die Leitungsstrukturen der Universitäten formuliert, welche aufgrund ihres Zukunftskonzepts als Eliteuniversität ausgezeichnet wurden. In diesem Kontext ist beispielsweise die an der LMU München betriebene Ersetzung des in Bayern mit einer gewissen rechtlichen Autonomie versehenen Kanzlers durch einen in das Hochschulmanagement eingeordneten Vizepräsidenten für den Bereich der Personal- und Wirtschaftsverwaltung zu sehen. So kann man sich des Verdachts nicht erwehren, dass

nach Wegfall der Hochschulrahmengesetzgebung die Exzellenzinitiative durch finanzielle Anreize eine hochschulpolitische Steuerungskompetenz des Bundes durch die Hintertür schaffen soll.

Die deutsche Eigenart der Bachelor- und Masterstudiengänge

Der 1999 angestoßene Bologna-Prozess zur Vereinheitlichung der europäischen Studiengänge will diese nach angloamerikanischen Vorbild vergleichbar machen. Somit gibt es nun konsekutive Studiengänge, wodurch entsprechend qualifizierte Studierende nach dem Bachelor und einem entsprechenden weiterführenden Studium noch einen Master absolvieren können. Abzuwarten bleibt allerdings, inwiefern die Bachelorabsolventen von den Arbeitgebern entsprechend akzeptiert werden. Zusätzlich zur verkürzten Studiendauer von drei bis vier Jahren steht ihr Abschluss nur einem Fachhochschuldiplom gleich und auch der Zugang zum höheren Staatsdienst bleibt ihnen verschlossen. Zu begrüßen ist, dass

die Abschlussnote sich nun bei allen Studiengängen aus sämtlichen Studienleistungen und nicht mehr nur aus der tagesformabhängigen Prüfungsnote ergibt. Da allerdings somit jede Leistung eine Prüfungsleistung darstellt, sind Wiederholungsmöglichkeiten äußerst begrenzt.

Um die internationale Vergleichbarkeit sicherzustellen, wird jede Lehrveranstaltung nun unabhängig von der Note mit sogenannten ECTS-Punkten versehen. Je nach Studiengang ist eine vorgegebene Anzahl von ECTS-Punkten nachzuweisen, um zum Studienabschluss zugelassen zu werden. Da nach einem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15. September 2000 pro ECTS-Punkt 30 Arbeitsstunden anzunehmen sind, nimmt die Arbeitsbelastung der Studierenden deutlich zu. Berücksichtigt man noch das verschulte System, welches wenig Möglichkeit zu einem eigenverantwortlichen Studium mit individueller Schwerpunktsetzung lässt, stellt der Bologna-Prozess eine enorme Mehrbelastung für viele Studierende dar. Eine Mehrbelastung, welche wenig Spielraum lässt, während des Studiums einer kontinuierlichen Beschäftigung nachzugehen.

Studiengebühren sind sozial ungerecht

Einer kontinuierlichen Beschäftigung nachzugehen ist allerdings spätestens mit der Einführung der Studiengebühren in einigen Bundesländern für viele Studierende zur Notwendigkeit geworden. Ist es an Universitätsstandorten wie München ohnehin schwierig, die hohen Lebenshaltungskosten zu bestreiten, wird dies durch die Studiengebühren zusätzlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Die sooft gepriesenen öffentlichen Fördermöglichkeiten für finanziell schlecht gestellte Studierende sind hier ein Tropfen auf den heißen Stein: Die Leistungsberechtigung für BAföG ist sehr beschränkt, die Aufnahme von Studienkre-

diten schreckt häufig ab und von einem flächendeckenden Stipendiensystem, welches einen Ausgleich zu den Studiengebühren darstellen könnte, kann nicht die Rede sein – der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP hält nur den abstrakten Wunsch nach einem Ausbau der Begabtenförderung fest. Es ist zwar nicht zu bestreiten, dass Studiengebühren Vorteile mit sich bringen. So wird es bald keine Langzeitstudenten mehr geben; ein Problem, welches allerdings durch die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge ohnehin gelöst wird. Es ist auch nicht zu leugnen, dass die Studienbedingungen sich verbesserten: längere Bibliotheksöffnungszeiten, zusätzliches Lehrangebot, bessere Studienberatung und vieles mehr. Es stellt sich nur die Frage, ob es Aufgabe der Studierenden ist, für vertretbare Studienbedingungen zu sorgen, oder sich hier nicht vielmehr der Staat aus der Verantwortung stiehlt. Es sind zwar mittlerweile Ansätze erkennbar, welche die Studiengebühren sozialer gestalten wollen. Als Beispiel hierfür kann die in Bayern eingeführte »Ein-Kind-Regelung« gelten, wonach nur ein Kind pro Familie Studiengebühren zahlen muss. Die Frage der administrativen Umsetzbarkeit, der Konformität mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz sowie der Auswirkungen auf das Klima innerhalb der Studierendenschaft müssen auch nach Einführung im Oktober diesen Jahres unbeantwortet bleiben.

Wohin wird die Reise führen? Hierauf eine abschließende Einschätzung zu geben, könnte nur als fahrlässig bezeichnet werden. Ein Aspekt scheint sich allerdings zunehmend herauszuschälen: Betrachtet man die Etablierung von Studiengebühren, die Straffung der Studiengänge, den Wettbewerb um die Exzellenzförderung usw., zeichnet sich eine zunehmende Ökonomisierung des tertiären Bildungswesens ab. Ob sie sich durchsetzen wird, oder ob der gesellschaftliche Diskurs, vor allem in Anbetracht der Wirtschafts- und Finanzkrise, eine andere Richtung geht, bleibt offen.